Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr. monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 46. Abendblatt. Dienstag, den 28. Januar 1868.

Deutschland.

Berlin, 27. Januar. Se. Maj. der König nahmen gestern den Vortrag des Ministers Grafen Itzenplitz und die Meldung des Herzogs Elimar von Oldenburg, Rittmeisters in den Gardes du Korps, entgegen, welcher von St. Petersburg zurückgekehrt ist. — Heute empfingen Se. Majestät den Vortrag des Geh. Kabinets-Rathes v. Mühler und militärische Meldungen, unter denen die des General-Lieutenants v. Alvensleben, Kommandanten von Posen, des Fürsten und des Erbprinzen von Bentheim-Steinfurt, des Fürsten Salm-Horst ar u. a. m. Der Rittergutsbesitzer v. Albedyll aus der Provinz Preußen wurde von Sr. Maj. dem Könige in Audienz empfangen.

— Ihre Maj. die Königin war vorgestern im Königlichen Schlosse bei der Einrichtung des Bazars und Abends in der Vorlesung des wissenschaftlichen Vereins anwesend.

— Se. Königliche Hoheit der Kronprinz empfing Sonnabend, Vormittags 11 Uhr, den General-Lieutenant v. Werder. Um halb 12 Uhr erschien Ihre Maj. die Königin zum Besuch im kronprinzlichen Palais. Um 3 Uhr empfingen Ihre Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin den Minister-Residenten v. Magnus. Seine Königl. Hoheit der Kronprinz erschien um 9 Uhr Abends auf dem Ball im Opernhause. Ihre Königliche Hoheit die Kronprinzessin empfing um 8 Uhr den Fürsten zu Puttbus.

— Gestern Vormittags wurde im Palais des Prinzen Karl ein Kapitel des Johanniter-Ordens abgehalten.

— Der Subskriptions-Ball im Opernhause ging am Sonnabend in gewohnter glänzender Weise vor sich. Um 8 Uhr erschienen die Königlichen Majestäten, Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz, die Prinzen Carl nebst Gemahlin, Albrecht Sohn, Adalbert, Georg, Prinz August von Würtemberg, Herzog Wilhelm von Mecklenburg, Graf Wrangel rc. Kurz nach 9 Uhr begann die Polonaise, geführt vom General-Intendanten Herrn v. Hülsen, um 10 Uhr war zweite Polonaise. $10\frac{3}{4}$ Uhr erschien der Minister-Präsident. Die Königl. Herrschaften verließen um $1\frac{1}{2}$ Uhr den Saal; der Ball endete um $2\frac{1}{4}$ Uhr.

— An die Verbreiterung der Potsdamer Straße scheint in Folge des bevorstehenden Baues des Potsdamer Bahnhofs jenseits des Kanals jetzt ernstlich gedacht zu werden. Auch dem Theil von der Brücke bis zum botanischen Garten steht eine Veränderung bevor, indem der Straßendamm bis an die Baumreihen erweitert und unter Anlegung eines Kanals das Trottoir zwischen die Bäume und die Vorgärten verlegt werden soll. Es finden zu diesem Zweck bereits Vermessungen statt.

— Karl Schurz ist aus Newyork hier eingetroffen und im Hotel du Nord abgestiegen. Derselbe war bekanntlich sehr thätig bei der Befreiung Kinkels aus dem Zuchthause zu Spandau. Der deutsche Flüchtling wurde in Amerika eine der einflußreichsten Persönlichkeiten im öffentlichen Leben, welchem Lincoln in erster Reihe seine Wahl zum Präsidenten verdankte; 1862 war er amerikanischer Gesandter in Madrid, während des Krieges zwischen der Union und den Südstaaten Brigade-General.

— Aus dem uns zugegangenen Berichte des im Auftrage der Königin und des vaterländischen Frauenvereins bekanntlich nach den zumeist bedrängten Kreisen Ostpreußens gegangenen Geh. Regier.-Rath Dr. Esse ersehen wir, was zunächst seine organisatorische Thätigkeit anbelangt, daß er der knapp zugemessenen Zeit halber nur sieben Kreise besuchen konnte: Insterburg, Gumbinnen, Darkehmen, Gerdauen, Angerburg, Wehlau und Labiau. Von den vier erstgenannten sagt der Herr Referent, daß daselbst die Organe des Frauenvereins in voller Thätigkeit seien; in vielen Orten sei für Errichtung von Suppenanstalten gesorgt, welche in der Regel in den Schulhäusern etablirt seien. Herr Esse erkennt die thätige Mitwirkung der Kreis-Armenkommissionen bei der Lösung der Vereinsaufgaben an, giebt indessen der Antheilnahme der örtlichen Organe der gesetzlichen Armenpflege den Vorzug. Ueber die Zahl der eingerichteten Suppenanstalten, der in ihnen Gespeisten rc. erfahren wir leider nichts, was seinen triftigen Grund in der Unfertigkeit der Organisation haben mag.

— Der Ausschuß des Hülfsvereins für Ostpreußen macht Folgendes bekannt: Wir bitten die sämmtlichen gütigen Geber von Naturalien für die Nothleidenden in Ostpreußen, darauf zu achten, daß für die Zeit bis Ende März keine Sendungen sich empfehlen, welche durch den Frost leiden. Ganz vorzüglich gilt dies von Kartoffeln, welche dagegen zur Saat, also im April, sehr dringend werden gebraucht werden.

— Der „Staats-Anz." schreibt: Heute hat die Eröffnung des Bazars für die Nothleidenden in Ostpreußen auf dem Königlichen Schlosse stattgefunden. Es ist ein erhebender Anblick, wahrzunehmen, wie nicht nur durch Gaben aus allen Theilen Deutschlands, sondern auch von Deutschen im Auslande der feste Zusammenhang wahrer Theilnahme an dem Loose der nothleidenden Brüder sich freudig kundgegeben hat. Viele hohe Verwandte des Königlichen Hauses, wie z. B. die Höfe von Karlsruhe und München, haben schöne Beiträge geliefert, während zugleich der Fortschritt der Industrie und Kunst wetteifernd in den reichen Gaben der Stadt Berlin hervortritt.

— Heute Vormittag um 11 Uhr fand auf dem Invaliden-Kirchhofe die Beerdigung der Leiche des am 23. d. M. hierselbst verstorbenen Generals der Infanterie z. D. von Brandt statt. — Der Verstorbene wurde im Jahre 1829 als Hauptmann im damaligen 37. Infanterie-Regiment (5. Reserve-Regiment) zur hiesigen Ober-Militär-Examinations-Kommission als Examinator kommandirt und noch in demselben Jahre zum Major befördert. In dem Verhältniß als Examinator blieb er bis zum Jahre 1837, in welchem er zum Chef des Generalstabes des General-Kommandos II. Armee-Korps, 1839 zum Oberstlieutenant, 1841 zum Oberst und 1847, unter Ernennung zum Kommandeur der 10. Infanterie-Brigade, zum General-Major befördert wurde. Im nächsten Jahre wurde er ins Kriegsministerium kommandirt, erhielt jedoch noch in demselben Jahre das Kommando der 9. Infanterie-Brigade. 1850 zum ersten Kommandanten von Posen ernannt, wurde er 1852 mit dem Kommando der 10. Division betraut, 1853 zum General-Lieutenant befördert und 1859, auf sein Ansuchen und unter Verleihung des Charakters als General der Infanterie, zur Allerhöchsten Disposition gestellt. Seit mehreren Jahren vor seinem Tode war Herr von Brandt Präses der General-Ordens-Kommission.

— In der ganzen Monarchie, die neuen Landestheile ausschließlich Hannover, mit gerechnet, ist im Laufe des Jahres 1867 die Berechtigung zum einjährigen Freiwilligendienste an 6715 junge Leute ertheilt worden. Die Angaben aus Hannover sind noch nicht bekannt. Von jenen 6715 Freiwilligen stellte: Berlin 836, Schleswig-Holstein 646, die Regierungsbezirke Wiesbaden 600, Düsseldorf 437, Köln 381, Kassel 341, Breslau 328, Merseburg 314, Münster 286, Magdeburg 235, Frankfurt a. O. 233, Königsberg 224, Danzig und Liegnitz je 182, Oppeln 175, Minden 160, Posen 154, Stettin 156, Aachen 132, Gumbinnen 114, Marienwerder 108, Koblenz 99, Stralsund 92, Köslin 90, Trier und Erfurt je 73 und Bromberg 69. Außerdem haben 806 junge Leute die Berechtigung nachgewiesen, sind aber abgewiesen worden und zwar 115 wegen Unzulänglichkeit der vorgelegten Papiere, (darunter aus dem Regierungsbezirk Kassel allein 67 und aus Berlin 12) und 691, weil sie in dem abgelegten Examen nicht bestanden haben. Hierzu liefert Wiesbaden das stärkste Kontingent (141), dann kommt Schleswig-Holstein (111), Berlin (90), Breslau (58), Kassel (45), Köln (39), Magdeburg (21), Münster (19), Minden (18), Erfurt (15), Königsberg (14), Stralsund (13) u. s. w. Trier schließt mit 1 den Reigen.

— Es bestätigt sich, daß in Folge der Erledigung der mecklenburgisch-französischen Zollvertrags-Angelegenheit der Sektionschefs Depretis aus Wien zur Wiederaufnahme der handelspolitischen Verhandlungen zwischen Oesterreich und dem Zollvereine in den nächsten Tagen hier erwartet wird.

Berlin, 27. Januar. (Haus der Abgeordneten.) 37. Sitzung. Eröffnung $10\frac{1}{2}$ Uhr. Am Ministertisch die Kommissarien Lehnerdt, Knerk u. A. — Präsident v. Forckenbeck: Ich habe dem Hause eine traurige Nachricht zu verkünden. Der Abgeordnete Kommerzienrath Leonor Reichenheim ist gestern Morgen um 10 Uhr in Folge eines Nervenschlages sanft entschlafen. Ich ersuche die Mitglieder des Hauses, sich von ihren Plätzen zu erheben, um das Andenken des Verstorbenen zu ehren. (Das Haus erhebt sich.) Das Begräbniß findet Mittwoch den 29. d. M., Vormittags 11 Uhr, vom Trauerhause aus, Thiergartenstraße 19, statt; ich lade die Mitglieder des Hauses ein, sich dazu einzufinden. — Der Präsident fährt fort: Meine Herren! Ich schlage Ihnen vor, falls wir mit unserer heutigen Tagesordnung in der Tagessitzung nicht fertig werden, um 3 Uhr die Sitzung zu vertagen und Abends um 7 Uhr fortzusetzen. Wir haben bei der Vorberathung des Budgets noch zu erledigen: die Etats der Krondotation, der öffentlichen Schuld, der direkten und indirekten Steuern, der öffentlichen Kassenverwaltung, den Etat für die hohenzollernschen Lande und das Etatsgesetz; sodann außer der Schlußberathung noch 17 Vorlagen der Regierung und 13 Anträge von Mitgliedern des Hauses. Es liegen dem Hause außerdem vor 846 Petitionen, von denen erst 172 erledigt und 104 als zur Berathung im Plenum für nicht geeignet erachtet worden sind. Von den Vorlagen der Staatsregierung sind 5 zur Berathung im Plenum vorbereitet, von den Anträgen der Mitglieder 6. Sie werden daraus ersehen, daß es der Geschäftsgang des Hauses dringend nöthig macht, die Vorberathung des Budgets mehr, wie bisher zu beschleunigen. (Beifall rechts.) Ich bitte hierzu um lebhafte Unterstützung von allen Seiten des Hauses. (Beifall rechts.) Es wird sonst nicht möglich sein, allen Geschäften in gleichem Maße gerecht zu werden. (Beifall rechts.) — Die Berathung des Etats des Kultusministeriums war stehen geblieben bei dem Abschnitt Medizinalwesen (Provinzial-Behörden. Tit. 37—41.) Es liegen dazu folgende Anträge vor: 1) Vom Abg. Virchow: Die Regierung aufzufordern, die Organisation der Medizinal-Behörden im ganzen Staate einer Prüfung zu unterwerfen und dabei insbesondere die Frage zu erwägen, ob nicht die Stellen der Kreis-Wundärzte und der Provinzial-Medizinal-Kollegien gänzlich aufzuheben, und dafür die Gehälter und der Geschäftskreis der Kreisphysiker und der Regierungs-Medizinal-Räthe aufzubessern, bezüglich zu erweitern seien. 2) Von den Kommissarien des Hauses: a) Von den in Ansatz gebrachten Gehältern für zwei Medizinal-Inspektoren für Schleswig und Holstein eines als künftig wegfallend zu bezeichnen; b) Die Gehälter der Mitglieder des zu reorganisirenden Provinzial-Medizinal-Kollegiums für Schleswig und Holstein in Uebereinstimmung mit den Normen für diese Kollegien in den übrigen Provinzen auf den Etat pro 1869 zu bringen. 3) Vom Abg. v. Pommer-Esche: Die für die Kreis-Wundärzte angesetzte Summe von 47,170 Rtl. 19 Sgr. in die Kolonne „darunter künftig wegfallend" zu setzen.

Abg. Dr. Virchow begründet seinen Antrag ausführlich. Eine Seite der öffentlichen Medizin, die einer Reform bedarf, ist die öffentliche Gesundheitspflege, die Sanitätspolizei. Ich meine, daß die Thätigkeit der angestellten Gerichtsärzte auf ein immer bescheideneres Maß zurückgeführt, dagegen ihnen eine größere Wirksamkeit nach jener Richtung hin eröffnet werden müßte. Der große Fortschritt der neueren Gesundheitspflege besteht darin, daß man immer mehr Krankheiten vermeiden lernt; sie hat daher auf die Wohnungs- und Lebens-Verhältnisse der Bevölkerung ihr Augenmerk zu richten. Ich hoffe, daß dieser Gesichtspunkt der Vorbeugung der Krankheiten in diesem Hause allgemeine Anerkennung finden wird, und dann werden Sie mir zugestehen, daß die gegenwärtige Organisation dafür außerordentlich wenig leistet und daß die künftige nach dieser Richtung hin gedrängt werden muß. Die Beamten, welche für die öffentliche Gesundheit Vorsorge zu treffen haben, müssen nothwendig Einzelbeamte sein, sie müssen an Ort und Stelle die Verhältnisse direkt untersuchen können, in persönlichem Verkehr mit den Exekutiv-Beamten stehen und eine unmittelbare Einwirkung auf die Verhältnisse ausüben können. Es kann sich hier nicht darum handeln, Kollegien zu haben, ja die Regierung hat in der Stellung, die sie den Medizinal-Kollegien gegeben hat, dies auch seit langer Zeit anerkannt. Bekanntlich werden die Kreis-Physici in der Weise angestellt, daß irgend ein praktischer Arzt ein Gehalt von beiläufig 200 Thalern erhält, wofür er gewisse amtliche Funktionen zu übernehmen hat. Sie können sich aber selbst sagen, daß ein Arzt, der genöthigt ist, für seine eigene Existenz durch seine Praxis zu sorgen, seine amtliche Thätigkeit doch als eine vollständig nebensächliche betrachten muß; er wird also keine irgend größere freiwillige Thätigkeit ausüben, hat auch in der That keine Zeit dazu; er hat sie nur dann, wenn, was übrigens gar nicht selten vorkommt, die Bevölkerung kein Vertrauen zu ihm hat, und in diesem Falle möchte seine freiwillige amtliche Thätigkeit an anderen Mängeln leiden. An einem gleichen Uebelstande leidet die Stellung der Regierungs-Medizinal-Räthe, und so ist das Resultat von alledem, daß die Regierung über die Sanitäts-Verhältnisse eines bestimmten Bezirkes nie genau unterrichtet ist. Ich führe ein Beispiel an: die Frage des Hungertyphus in Ostpreußen. Die Regierung in Gumbinnen erkennt ausdrücklich an, daß unzweckmäßige Ernährung ein wesentliches Moment bei der Entstehung des Typhus ist, während der Bericht der „Prov.-Corresp." dies bestreitet. Ich bin nicht in der Lage, zu entscheiden, wer Recht hat, ob die Regierung in Gumbinnen oder die „Prov.-Corresp." Ich kann nur konstatiren, daß diese Art Typhus seit dem vorigen Jahre nicht blos in Ostpreußen, sondern auch hier in Berlin, im Regierungsbezirk Stralsund und andern bekannten Orten aufgetreten ist, daß er sich in ansteckender Weise verbreitet hat (Ruf: zur Sache! rechts), daß aber nirgends Etwas geschehen ist. Meine Herren, es ist das zur Sache, weil ich auseinandersetzen will, daß die bisherige Organisation unserer Medizinalbehörden nicht ausreichend ist, um derartigen Mißständen rechtzeitig vorzubeugen, weil diese Behörden eine zu wenig unabhängige und entscheidende Stellung haben und die Regierung zu spät von der Existenz solcher Verhältnisse Kenntniß bekommt. Der Antrag des Herrn v. Pommer-Esche geht insofern auf meinen Gedankengang ein, als er die Ansätze im Etat für die Kreiswundärzte als künftig wegfallend bezeichnen will, und ich könnte mich demselben anschließen, wenn mir die Sicherheit dafür gegeben würde, daß in dem Maße, als die Gehälter der Kreiswundärzte eingezogen werden, die entsprechenden Summen zur Aufbesserung der Gehälter der Kreisphysici verwandt werden. Mein Antrag schließt auch diesen Zweck ein; ich wünsche, daß gewisse Stellen eingezogen werden, aber das Geld diesem Departement erhalten bleibe, damit die Organisationen geschaffen werden, welche ich für nothwendig und für zuträglich halte. (Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Karsten motivirt die Anträge der Kommissarien des Hauses. — Regierungs-Kommissar Lehnerdt: Dem Antrage der Kommissarien schließt sich die Regierung in beiden Punkten an, vorbehaltlich der Aenderungen, die durch die vom Abg. Virchow beantragte Reorganisation des Medizinalwesens später als nothwendig sich herausstellen werden. Auch der Virchow'sche Antrag ist der Regierung willkommen. Die Beseitigung der Provinzial-Medizinal-Kollegien kann jedoch nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen, wozu vor Allem eine Einwilligung des Justizministers zur Abänderung der Kriminalordnung nothwendig ist. Ob diese im Wege einer Novelle oder durch eine neue Kodifikation der ganzen Kriminalordnung geschehen wird, vermag ich im Augenblicke nicht vorauszusehen. — Abgeordneter v. Pommer-Esche zieht darauf seinen Antrag zurück und die Anträge der Kommissarien und des Abg. Dr. Virchow werden mit großer Majorität angenommen. — Abg. Dr. Schläger fragt, ob die Regierung die Thierarzneischule in Hannover umzugestalten oder zu verlegen beabsichtige. — Regierungs-Kommissar Lehnerdt verneint diese Frage. — Abg. Dr. Virchow: Da die Stellung der Thierärzte der Armee eine sehr ungenügende ist, so können auch die Ansprüche an ihre wissenschaftliche Ausbildung nur gering sein. Die Thierarzneischule in Berlin ist in den letzten Jahren gegen früher bedeutend in ihren Leistungen zurückgegangen, und ihr Besuch hat auch erheblich abgenommen. — Regierungs-Kommissar Lehnerdt: Die Leistungen der Berliner Thierarzneischule haben sich eher gehoben als verringert, indem beispielsweise den Eleven durch neue Einrichtungen Gelegenheit gegeben wird, nicht nur Pferde und Hunde, sondern auch Rindvieh, Schafe und Schweine in gesundem wie in krankem Zustande zu beobachten. Die Zahl der Eleven hat sich vermindert, weil die Stellung der Thierärzte zu wenig gesichert ist gegen die Medizinalpfuscherei. Nur Wurm, Rotz, Miltzbrand und Koller ist der Behandlung der approbirten Thierärzte vorbehalten, während alle übrigen Krankheiten von Jedem behandelt werden dürfen. In Betreff der Armee-Thierärzte hat der Kriegsminister bereits die Zusicherung gegeben, daß ihre Stellung geändert und von ihnen dieselbe Ausbildung gefordert werden soll, wie von den Civil-Veterinär-Aerzten.

Zu Tit. 12 der außerordentlichen Ausgaben (Umbau eines Universitätsgebäudes in Kiel 54,000 Thlr.) bemerkt Abg. Karsten, es sei bereits durch Privatbeiträge zu dem genannten Zweck die Summe von 126,000 Thlrn. zusammengebracht; da der Bau dringend nothwendig sei, so bitte er, die beantragte Rate als Staatszuschuß bewilligen zu wollen. — Regierungs-Kommissar Knerk erkennt das Bedürfniß ebenfalls an und erwartet, daß das Haus durch sein Votum der Regierung die Garantie geben werde, daß der Bau auch in Zukunft seinen ununterbrochen Fortgang nehmen könne. — Die Position wird hierauf ohne Widerspruch genehmigt. — Titel 32 (Erneuerung des Mauerputzes und des Daches des ältern Museengebäudes in Berlin, zweite Rate 20,000 Thlr.) wird fast einstimmig genehmigt. — Zu Tit. 33 (zum Bau eines Gebäudes für die National-Galerie in Berlin, dritte Rate — 150,000 Thlr.) erhält das Wort Abg. v. Sybel: Die National-Galerie soll die Werke lebender Künstler aufnehmen, namentlich Werke der historischen Kunst. Zu letzterem Zwecke sind jährlich 25,000 Thlr. ausgeworfen; ich frage, ob diese Summe angemessen der Vergrößerung des Staatsgebietes und der Kunstinstitute in Preußen erhöht wird. Sodann wäre der Zweck der National-Galerie wesentlich gefördert, wenn es gelänge, daß die Kunstschätze, welche uns früher gehört haben, z. B. die Düsseldorfer Galerie, die gegenwärtig in München ist, wieder preußisches Eigenthum wird. Diese Frage wurde im Friedensschluß mit Bayern Gegenstand einer besonderen Stipulation; es ist festgesetzt worden, daß von Seiten beider Mächte Männer ernannt werden, welche über die Rechtsansprüche preußischerseits entscheiden sollten. Wie weit ist diese Sache gediehen? — Regierungs-Kommissar Lehnerdt: Sobald die Mittel dazu vorhanden sind, und die Ueberzeugung des Hauses eben dahin geht, wird die Verwaltung nicht anstehen, eine höhere Summe für den Ankauf moderner Gemälde auf den Etat zu bringen. Was den zweiten Punkt betrifft, so ist die Regierung in Düsseldorf bemüht, das zur Substantiirung der Frage erforderliche Material zu beschaffen, was eine sehr mühsame Arbeit ist. Der Erfolg bei solchen Fragen ist zweifelhaft, die Regierung hat die Sache fortwährend im Auge. — Zu Tit. 34 (Denkmäler in Düppel und auf Alsen, erste Rate 35,976 Thlr.) äußert Abg. Duncker Bedenken gegen den Pyramidenbau und empfiehlt einen Massenbau. — Zu Tit. 35 (Für die mitteleuropäische Gradmessung 23,480 Thlr.) beantragt Abg. Dr. Engel: 1) Die im Hauptetat für die große Landes-Triangulation für 1868 geforderten 51,800 Thlr., 2) die 23,480 Thlr. für die mitteleuropäischen Gradmessung zu bewilligen, 3) die Regierung aufzufordern, dem gesammten Vermessungswesen im preußischen Staate eine einheitliche Organisation zu geben und in der nächsten Session hierüber eine Denkschrift vorzulegen. — Regierungs-Kommissar Major Bronsart v. Schellenberg erklärt, daß die Regierung mit den ersten beiden Punkten des Antrages Engel einverstanden sei. Was den dritten Punkt betrifft, so befindet sich die Staatsregierung seit längerer Zeit in Unterhandlung innerhalb der verschiedenen Ministerien, um eine Centralbehörde für das Vermessungswesen zu schaffen. Eine bindende Verpflichtung kann aber nicht übernommen werden, in der nächsten Session eine Denkschrift vorzulegen. — Abg. Engel zieht den dritten Theil seines Antrages zurück; derselbe wird jedoch von dem Abg. von Vincke (Olbendorf) wieder aufgenommen und hierauf der ganze Antrag angenommen. — Gegen die übrigen Positionen wird ein Widerspruch nicht erhoben, worauf das Haus in die Berathung des Etats der Eisenbahnverwaltung eintritt.

(Schluß folgt im Morgenblatt.)

Altona, 25. Januar. In der letzten gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Kollegien wurde die von der Stadt zu zahlende Aversionalsumme für die derselben bewilligte Zollfreiheit mit 90,540 Thlr. offiziell bezeichnet. Heute Nachmittag 4 Uhr traf

der Regierungsrath Wißmann hier ein, und hat heute Abend bereits in Sachen der Aversionalsumme eine Besprechung des Magistrats mit demselben unter dem Vorsitz des Herrn Etatsrath v. Thaden auf dem Rathhause stattgefunden. In Folge dieser Verhandlungen wird die hiesige Zollanschlußpartei ihre Agitation wieder aufnehmen und eine Petition zu diesem Zwecke bei der hiesigen Einwohnerschaft in Cirkulation setzen.

Neu-Strelitz, 27. Januar. Nach Anordnung der Großherzoglichen Landesregierung soll die Auslegung der Wählerlisten in Mecklenburg-Strelitz für die Neuwahl eines Reichstags-Abgeordneten spätestens am 1. Februar d. J. erfolgen.

Schwerin, 27. Januar. Die offiziösen „Mecklenburger Anzeigen" sind von maßgebender Seite zu der Erklärung autorisirt, daß bei der von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzoge im Interesse eines zu schaffenden selbstständigen Bauernstandes anbefohlenen allgemeinen Vererbpachtung der Bauerhufen dahin Bestimmung getroffen werden wird, daß die Hauswirthe Kapitalzahlungen nicht zu leisten brauchen, sondern ihre — in die Grund- und Hypothekenbücher einzutragende — Schuld an die Grundherrschaft allmälig tilgen können.

Darmstadt, 27. Januar. Die erste Kammer adoptirte heute sämmtliche von der zweiten Kammer betreffs der Zollparlamentswahlen gefaßten Beschlüsse, denenzufolge die Wahlfähigkeit auf Hessische Unterthanen beschränkt sein soll.

München, 24. Januar. Die in der letzten Sitzung der Abgeordnetenkammer von Dr. Völk an das Gesammt-Ministerium gerichtete Anfrage, ob bei den Wahlen ins Zollparlament die Benutzung von gedruckten, autographirten oder lithographirten Wahlzetteln zulässig sei und wenn dies der Fall, ob die Staatsregierung nicht geneigt sei, dies öffentlich bekannt zu geben, wurde heute von Minister v. Schlör im Namen des Gesammt-Ministeriums dahin beantwortet: daß die Benutzung solcher Zettel durchaus nicht auszuschließen sei, sofern sie nur die im Gesetze vorgeschriebene Form erfüllen.

Ausland.

Wien, 26. Januar. In der gestrigen Sitzung der ungarischen Delegation hat der Reichsfinanzminister, Herr v. Beke, die Sprachenfrage entschieden. Er übergab nämlich die Vorlage, betreffend das Budget für die gemeinsamen Angelegenheiten, mit einer ungarischen Ansprache. Freilich war dieselbe nur sehr kurz und bestand aus den wenigen auswendig gelernten Worten: „ich ersuche, geehrter Herr Präsident, beiliegende Zuschrift verlesen zu wollen". Ein lautes Eljen war das Lob, welches der Minister für diese Sprachstudien davon trug. Das Ganze war sehr kleinlich; schwerlich kann dieß Kinderspiel fortgesetzt werden und Herr v. Beust würde, wenn es sich um die auswärtige Politik handelt, mit einem halb Dutzend auswendig gelernter ungarischer Ausdrücke eine Rolle spielen, zu der er sich kaum verstehen möchte. Am Ende kämen die Ungarn dahin, den Ministern für die gemeinsamen Angelegenheiten nur im magyarischen Schnürrock den Zutritt in den Sitzungssaal ihrer Delegation zu gestatten. Herr v. Beust saß in der gestrigen Sitzung vor seinem Ministerpult ziemlich trocken da; von dem, was verlesen und gesprochen wurde, verstand er nämlich kein Wort; zuweilen ließ er seine Blicke über die sechs Bänke schweifen, auf denen die Ungaren eingezwängt saßen. Gutmüthig und zuvorkommend, wie die Deutschen sind, eröffnete Graf Auersperg dem Präsidenten der ungarischen Delegation bei Gelegenheit seines neulichen Besuchs, daß die cisleithanischen Delegirten die Absicht hätten, ein Bankett zur Begrüßung der Ungarn zu veranstalten. Herr v. Somssich machte aber ein sehr ernstes Gesicht, sagte, seine Kollegen müßten auf die Opposition in Ungarn, wo man schon von Vergnügungslust der Delegirten spräche, Rücksicht nehmen; außerdem wären bei der animirten Stimmung eines Banketts Trinksprüche und Reden kaum zu vermeiden, die nach der einen oder anderen Seite hin Anstoß erregen und das allmälig erstarkende gegenseitige Vertrauen gefährden könnten. Obwohl aus alle Dem deutlich herauszuhören war, daß die ungarischen Delegirten auf den Argwohn und Stolz ihrer Landsleute Rücksicht zu nehmen haben, ließ Graf Auersperg mit seinem Zureden nicht nach und sprach den Wunsch nach einer Berührung beider Korporationen in einer weniger bedenklichen Form aus, worauf Somssich den Vorschlag machte, daß sich die Delegirten gegenseitig in ihren Klublokalitäten aufsuchen möchten.

— Sämmtliche hiesige Blätter bringen heute bei den Auszügen aus dem Reichsbudget, welche sie mittheilen, einen malitiösen Druckfehler, welcher durch die Gemeinschaftlichkeit komisch wird, indem sie den Gehalt des Ministers v. Beust mit jährlichen 84,000 Gulden ansetzen. Davon ist indeß eine Null abzustreichen. Die Jahresgehalte der österreichischen Minister betragen 8000 Gulden C.-M. oder 8400 Gulden österr. Währung; der Gehalt des Reichskanzlers ist nicht größer.

Wien, 27. Januar. Die Wiener „Abendpost" veröffentlicht ein Rundschreiben des Ministers des Innern an die Landeschefs. Dasselbe setzt die Landeschefs davon in Kenntniß, daß, wie künftighin alle Organe der Staatsverwaltung unverbrüchliche Beobachtung der Staatsgrundgesätze zu beschwören verpflichtet sind, jetzt auch die bereits vereideten Organe eine Erklärung an Eidesstatt abzugeben haben. Zur Abgabe der Erklärung solle Niemand gezwungen werden, da die Sache nicht eine bloße Formalität, sondern ein politischer Akt von vollwichtiger Bedeutung sei. Von allen Beamten werde nebst unverbrüchlicher Treue für den Kaiser unbedingte Achtung der Reichsverfassung und der Staatsgrundgesetze gefordert. Der Minister fordert um so nachdrücklicher die aufrichtige Hingebung und makellose Treue gegen die Verfassung, als er für die Handlungen der Regierung verantwortlich ist. Untreue oder Feindseligkeit gegen die Verfassung gelte als ebenso schwere Verletzung gegen die Amtspflicht, wie gewöhnlicher Bruch des Diensteides. Eine bloße Passivität oder Neutralität der Verfassung gegenüber sei ungenügend. Der Minister fordert schließlich strenge Pünktlichkeit und rasche Geschäftsführung, Emancipirung vom Formalismus, stete Bereitwilligkeit im Verkehr mit der Bevölkerung, uneigennützige Unparteilichkeit, Wahrung des Ansehens durch ein vorwurfsfreies Verhalten im Privatleben. Dann werde der Beamte der wirksamste Träger der constitutionellen Staatsidee sein.

— Die hiesigen Blätter sind voller Entrüstung über das Treiben der Czechen und der czechischen Presse, welche die Ruhestörungen in Prag bei Anwesenheit des Justiz-Ministers Herbst in einem Tone besprechen, der heimliches Wohlgefallen zu verrathen scheint. Als Rädelsführer bei den Demonstrationen in Prag wurden fünf czechische Studenten ermittelt und dem Landesgerichte übergeben.

Amsterdam, 27. Januar. Nach einer vom „Allgemeinen Handelsblatt" aufgestellten Berechnung gehören von den Abgeordneten 34 der liberalen und 30 der ministeriellen Partei an. Das gedachte Journal erwartet von den noch stattfindenden engeren Wahlen eine weitere Verstärkung der liberalen Partei.

Bern, 24. Januar. Daß die in der Schweiz weilenden flüchtigen Hannoveraner den hiesigen Behörden österreichische Pässe producirt haben, welche ihnen aus Wien zugestellt worden sein sollen, ward bereits gemeldet. Heute vernimmt man von einer, mit den Angelegenheiten dieser Leute sehr vertrauten Seite, daß ihr Aufenthalt in der Schweiz nicht mehr von langer Dauer sein werde; bereits hätten sie von ihren Oberen Ordre erhalten, sich zum Aufbruche nach Frankreich fertig zu machen. Hier wird man ihnen keine Thräne nachweinen.

Paris, 27. Januar. Die „Patrie" dementirt das Gerücht über eine bevorstehende Rückberufung des französischen Botschafters am preußischen Hofe, Benedetti. — Nach Mittheilung desselben Blattes hat sich die Stimmung in Lissabon in Folge der Zurückziehung mehrerer neuerer Besteuerungsprojekte beruhigt.

Paris, 27. Januar. Im weiteren Verlaufe des Berichtes des Finanzministers heißt es: Die Einnahme, in dieser Weise verringert, stimme mehr mit den übernommenen Verpflichtungen überein. Die Ausgabe für Bewaffnung und Flotte sei Gegenstand einer besonderen Berechnung. Als Ergänzungs-Hülfsquellen bieten sich 82 Millionen dar, welche indessen auf die beiden letzten Jahre vertheilt werden müßten. Das Gesetz vom 31. Juli v. J., welches den Ministerien des Krieges und der Marine die Summe von 158 Mill. auswirft, hat die Unmöglichkeit erkannt, diese Summe auf das Budget zu nehmen uud hat beschlossen, dieselbe der laufenden Schuld, wenn auch nur provisorisch, zu überweisen. Die Regierung sei daher genöthigt, in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, um diese Hülfsquellen definitiv festzustellen und außerordentliche Fonds für die Deckung der ganzen Ausgaben zu schaffen. Die Summe von 440 Millionen würde allen Anforderungen entsprechen und wenn eine Anleihe autorisirt sei, so werde kein Hinderniß vorliegen, dieselbe durch öffentliche Subscription zu negoziren. Der Bericht stellt alsdann in Aussicht, daß die Abzahlung in wenigstens 20 monatlichen Terminen erfolgen würde und sagt, daß der Ueberschuß der Kapitalien den Erfolg der Anleihe sichere. In Bezug auf die mexikanischen Obligationen sagt der Bericht, daß die Inhaber ein unzweifelhaftes Recht auf die Zinsen der zu dem Zwecke der Kapitals-Zurückzahlung deponirten Summe haben und daß auch ungefähr 5 Millionen zu dem Zwecke sofort bereit lägen. Was andere weniger begründete Ansprüche betrifft, welche sich in der That mehr auf die moralische Verpflichtung und namentlich auf denjenigen Theil der Anleihe beziehen, den die mexikanische Regierung benutzt hat, um verschiedene Raten ihrer Schuld an Frankreich zu zahlen, hat der Kaiser beschlossen, daß die Angelegenheit durch den Staatsrath geprüft und dabei der Modus und die Wichtigkeit einer Indemnität ins Auge gefaßt werden solle.

Paris, 27. Januar. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers entwickelte Lanjuinais seine Interpellation, betreffend die Dislocirung der Kirchhöfe.

— In der heute eröffneten Debatte des Senats über das Militärgesetz sagte Brenier: Heutigen Tages müsse man stark sein, wenn man seinen Platz behaupten wolle. Das vorliegende Gesetz entspreche weder den dringenden Anforderungen der Gegenwart, noch denjenigen der Zukunft. Er wolle, daß jeder Franzose ohne Stellvertretung Soldat werde. Die Reserve an Geld und Menschen, über welche Preußen verfügen könne, prophezeihe keineswegs eine fortwährend auf die Defensive beschränkte Politik; es sei vielmehr ein aggresives Verhalten solchen Ehrgeizes vorauszusehen. Graf Bismarck biete das Bild eines kühnen und unternehmenden Ministers und glücklich sei ein Land zu preisen, das einen solchen Mann besitze und genug Patriotismus beweise, um ihn zu unterstützen. Fehle es Frankreich etwa an Mannschaften und Waffen, um es zu verhindern, daß sich die einmal eingetretenen Ereignisse vollenden, so müsse es doch das Versäumte insoweit nachholen, daß neue Unternehmen gleicher Tendenz verwehrt werden könnten. Man bedürfe der Bewaffnung, um der permanenten Drohung Preußens zu begegnen. Politische Fragen, die sich seit 50 Jahren angesammelt hätten, könnten nur durch einen Krieg ihre Lösung erhalten. Denn das sollte man doch wissen, daß wir eine solche ungesunde Politik nicht gewähren lassen können, die da sagt, daß solche durch Schlauheit und Gewaltschritte erzielten Landesvergrößerungen uns gleichgültig sein müßten, weil das eigene Land nicht in Mitleidenschaft gezogen sei. — General de la Rue bezeichnet es als eine Pflicht der Kaiserlichen Regierung Frankreichs, Angesichts des in Waffen stehenden Europas von der Nation diejenigen Opfer zu fordern, welche für eine jeder Zeit schlagfertige Armee erfordert würden. — Rouland sagte, der Senat habe die Aufgabe, wiederum gerechten Ideen im Lande zu einer Zeit Eingang zu verschaffen, wo man sich nicht vor dem Versuche scheue, den Kaiser in den Augen der Bevölkerung zu verdächtigen. Der Ueberfluß an Depositenkapital in der Bank von Frankreich gebe Beweis dafür, daß auch nach vollständiger Abtragung aller Schulden viel Geld übrig bleiben würde und Geld hätte noch immer den Nerv zu jedem Kriege abgegeben.

— Heute früh, so berichtet der „Figaro", waren die Umgebungen des Lyoner Bahnhofs von Detachements aller Waffengattungen, von Sappeurs, Musikanten, Gensdarmen, Kürassiren zc. mit ihren Pferden und in vollständiger Ausrüstung gefüllt. Es handelte sich darum, auf einem eigens dafür bestellten Zuge zu ermitteln, wie Truppenkörper auf Kriegsfuß am Schnellsten durch die Eisenbahn befördert werden können.

Rom, 19. Januar. Ueber die definitive Streichung des Msgr. Darboy von der Liste der zu creirenden Kardinäle hört man folgendes Näheres: Der Papst wollte, daß der Erzbischof von Paris eine Art von Widerruf, wie der Kardinal d'Andrea, unterzeichne; er ließ ihm diesen Wunsch durch die Vermittelung der Pariser Nunciatur übermachen, die dem Msgr. Darboy auch die Grundzüge dieses Widerrufes mittheilte; aber Darboy wies es zurück, sich einer solchen Bedingung zu unterwerfen. Darauf erklärte der Papst, daß er den Hut dem Kaiserlichen Kandidaten nicht geben könne, bis derselbe widerrufen habe. — In den benachbarten neapolitanischen Provinzen ist die bourbonistische Agitation sehr stark. In Rom hat sich das ehemalige Comité Farnese von Neuem gebildet; es steht mit dem Central-Comité in Paris in Verbindung. In Vicovaro bei Tivoli wird ein großes Waffendepot gebildet. Die Minister, die Franz II. nach der Abtretung Venetiens verabschiedet hatte, haben ihre Portefeuilles wieder übernommen.

London, 27. Januar. Nach Berichten aus Newyork vom 15. d. hatte die Cholera am Bord des „Leibnitz" abgenommen.

Pommern.

Stettin, den 28. Januar. Ueber den Posaunen-Virtuosen Herrn Nabich aus Leipzig, welcher mit dem größten Erfolge neben den bedeutendsten Künstlern in den Hauptstädten Deutschlands, in London und Paris concertirte schreibt man aus Dresden: „Der Zauber des wunderbaren Tons, den der Künstler dem rauhen Erz entlockt, der Glanz der Virtuosität, mit welcher er die rapidesten Passagen beherrscht, ist auf diesem Instrument bisher unerreicht. Sein Piano gleicht dem Klang einer weichen Tenorstimme, das größte Fortissimo ist ein Ton von magischer Wirkung, der nichts mit jenem Geschmetter gemein hat, das so oft die Zartheit der Empfindung bei musikalischen Genüssen unterbricht. — Das Publikum ehrte den Künstler mit wiederholtem Hervorruf und selbst die Kapelle konnte es sich nicht versagen, in den Beifallssturm mit einzustimmen."

Wir lasen eben diese Zeilen, als wir erfuhren, daß auch bei uns und zwar schon in der nächsten Zeit bei dem am 30. Januar stattfindenden Konzerte des Dr. Lorenz Herr Nabich sein Talent hören lassen werde. Wir ermangeln nicht unsere Leser im voraus darauf aufmerksam zu machen.

Stettin, 28. Januar. Unter den jüngeren Versicherungs-Anstalten ist der „Adler" auch im abgelaufenen Jahre in erfreulicher Weise vorwärts geschritten. Sein Geschäftsumfang übertrifft, wie man vernimmt, den des Vorjahres um mehr als das Doppelte. Von besonderer Wichtigkeit ist ein ausgedehnter Rückversicherungs-Vertrag, den er in den letzten Wochen mit dem Magistrat von Breslau abgeschlossen hat und worin sich das Vertrauen einer der hevorragendsten Kommunen des Staats zu der jungen Gesellschaft in beachtenswerther Weise bekundet. Auch eine schlesische Eisenbahn-Gesellschaft hat dem „Adler" ihr Betriebsmaterial in Deckung gegeben.

— Von dem Boden des Kaufmanns Bernh. Maaß, Speicherstraße Nr. 15, sind in den letzten Tagen mittelst Einbruches einige Scheffel Erbsen und verschiedenes andere Getreide gestohlen worden.

— Gestern sind in den verschiedenen Volksküchen — exkl. auf Torney, von welcher ein Rapport nicht vorliegt — 2614 Portionen Suppe verabreicht. Der Absatz hat sich also in den letzten Tagen fortwährend gesteigert.

Viehmärkte.

Berlin. Am 27. Januar c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 988 Stück exkl. des alten Bestandes. Export-Geschäfte nach den Rheinlanden waren nur schwach, und konnte beste Waare nur 16–17 Rt, mittel 13–14 Rt, ordinäre 9–11 Rt pr. 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen.

An Schweinen 2394 Stück. Obgleich die Zutriften ca. 1000 Stück schwächer als vorwöchentlich waren, so war der Handel nicht lebhaft genug, um mehr als mittelmäßige Preise erzielen zu können, beste feine Kernwaare wurde mit 16–17 Rt pro 100 Pfund Fleischgewicht bezahlt, und konnten die Bestände nicht geräumt werden.

An Schafvieh 2404 Stück, welche zu mittelmäßigen Durchschnittspreisen nicht aufgeräumt werden konnten, 45–50 Pfund beste Waare wurde mit 8–8½ Rt bezahlt. Exportgeschäfte wurden nicht ausgeführt.

An Kälbern 617 Stück, welche zu hohen Preisen bezahlt wurden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 28. Januar. Witterung: trübe, Thauwetter. Temperatur + 2 ° R. Wind: SW.

Weizen matt, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 100–106 Rt bez., ungarischer 82–96 Rt, feiner 97–98 Rt, bunter polnischer 98 bis

Roggen niedriger, pr. 2000 Pfd. ungarischer 75–78 Rt bez., feiner inländischer 81pfd. Garantie 79, 79½ Rt bez., Januar 78 Rt Br., Frühjahr 79–78 Rt bez., Mai-Juni 77½ Rt Br., Juni-Juli 77 Rt Br. 102 Rt, 105 108 Rt bez., 83–85pfd. gelber Januar 100 Rt Br., Frühjahr 102, 101¼ Rt bez.

Gerste wenig verändert, pr. 1750 Pfd. loco 52–55 Rt nach Qualt. bez., Frühj. schles. 55 Rt Br., 69–70pfd. do. 55½ Rt Br.

Hafer fest, per 1300 Pfd. loco 37, 37½ Rt, Frühjahr 47–50pfd. 39 Rt Br.

Erbsen behauptet, per 2250 Pfd. loco 69–71 Rt bez., Frühjahr Futter- 71 Rt Br.

Mais ungarischer 3 Rt per 100 Pfd. Br.

Rüböl still, loco 10⅛ Rt Br., Januar-Februar 10 Rt Gd., April-Mai 10¼ Rt Gd., September-Oktober 10½ Rt bez.

Spiritus matter, loco ohne Faß 20 Rt bez., Januar-Februar 19⅞ Rt bez. u. Br., Frühjahr $20\frac{5}{12}$, ⅜, ½ Rt bez. u. Gd., Mai-Juni 20⅔ Rt Br., Juni-Juli 20⅞ Rt bez.

Angemeldet. 50 Wspl. Roggen, 10,000 Qrt. Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen 100, Roggen 78, Rüböl 10, Spiritus 19⅞.

Breslau, 27. Januar. Spiritus per 8000 Tralles 19¼. Weizen per Januar 99 Br. Roggen pr. Januar 75, per Frühjahr 76¼. Rüböl pr. Januar $9\frac{11}{12}$, pr. Frühjahr $10\frac{1}{12}$. Raps pr. Januar 89 Br. Zink umsatzlos.

Hamburg, 27. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig, ziemlich behauptet. Weizen pr. Januar 5400 Pfd. netto 179 Bankothaler Br., 178 Gd., per Januar-Feeruar 178 Br., 177 Gd., per Frühjahr 178 Br., 177½ Gd. Roggen pr. Januar 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 Gd., Januar-Februar 141 Br., 140 Gd., per Frühjahr 138 Br. u. Gd. Hafer ruhig, späte Termine flau. Rüböl loco 22⅜, per Mai 23⅛, per Oktober 23⅝. Spiritus unverändert. Kaffee ruhig. Zink geschäftslos. — Thauwetter.

Amsterdam, 27. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreidehandel still. Roggen loco pr. März 312½, pr. Mai 317½, pr. Juli 302½. Rüböl pr. Mai 35½, pr. November-Dezember 36⅞.

London, 27. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen englischer sehr schlechter Qualität am Markt, trotz dessen äußerste vorwöchentliche Preise bezahlt. Fremder bis zum Schlusse Detailgeschäft 1 s höher gehalten. Hafer schleppend. Bohnen 1 s theurer. Amerikanisches Mehl 6 d höher. — Starker Regen.